

D07: Abrüsten statt aufrüsten

Antragsteller/in:	DGB-Stadtverband Braunschweig (DGB-KV/SV)
Status:	Empfehlung der ABK liegt vor
Empfehlung der ABK:	Annahme in geänderter Fassung
Sachgebiet:	D - Gesellschaftspolitik
Zusammenfassung der Änderungsempfehlungen	Zeile 1 - 2: Ersetzung Zeile 6 - 9: Ersetzung

Abrüsten statt aufrüsten

Die Konferenz möge beschließen:

- 1 Die DGB Bezirkskonferenz fordert den DGB Bezirksvorstand auf, ~~sich der~~ die Initiative des
- 2 Netzwerk Friedenskooperative „Abrüsten statt aufrüsten“ ~~anzuschließen~~ zu unterstützen. Der
- 3 DGB Bezirk
- 4 Niedersachsen Bremen Sachsen-Anhalt wirbt bei Mitgliedern und Bündnispartnern für die
- 5 Unterstützung des Aufrufs „Abrüsten statt aufrüsten“. Der DGB Bezirk Niedersachsen Bremen
- 6 Sachsen-Anhalt macht darüber hinaus zukünftig gemeinsam mit der Friedensbewegung und
- 7 weiteren Bündnispartnern Druck zur Erreichung dieser Forderungen. ~~Der DGB Bezirksvorstand~~
- 8 ~~legt dem DGB Bundesvorstand diesen Antrag zur Weiterbehandlung vor~~ Die Konferenz fordert
- 9 ~~den DGB-Bezirksvorstand auf, mit dem Ziel diesen~~
- 10 ~~Antrag auf dem DGB Bundeskongress (Parlament der Arbeit) im Mai 2018 zur Abstimmung~~ das
- 11 ~~Anliegen auf die Bundesebene zu~~
- 12 ~~stell~~transportieren.

Begründung

In den Grundsatzprogrammen und Satzungen sowie in vielzähligen Beschlüssen auf den Kongressen der DGB Gewerkschaften und auch des DGB auf allen Organisationsebenen finden sich die Überzeugung und die Aufgabe für die Demokratie und den Frieden einzutreten wieder. In den Einzelgewerkschaften gibt es immer wieder – auch anlassbezogen – Aktivitäten und Arbeitsgruppen zu diesen Themen. Gerade die Angriffe auf unsere demokratische Grundordnung durch Rechtspopulisten und dort zuzuordnende Gruppierungen und auch auf die Demokratie in Europa machen es notwendig, sichtbare Zeichen für die Stärkung der Demokratie als Element einer aktiven Friedenspolitik zu setzen.

Anhang:

Abrüsten statt aufrüsten

Die Bundesregierung plant, die Rüstungsausgaben nahezu zu verdoppeln, auf zwei Prozent der deutschen Wirtschaftsleistung (BIP). So wurde es in der NATO vereinbart. Zwei Prozent, das sind mindestens weitere 30 Milliarden Euro, die im zivilen Bereich fehlen, so bei Schulen und Kitas, sozialem Wohnungsbau, Krankenhäusern, öffentlichem Nahverkehr, Kommunalen Infrastruktur, Alterssicherung, ökologischem Umbau, Klimagerechtigkeit und internationaler Hilfe zur Selbsthilfe.

Auch sicherheitspolitisch bringt eine Debatte nichts, die zusätzlich Unsummen für die militärische Aufrüstung fordert. Stattdessen brauchen wir mehr Mittel für Konfliktprävention als Hauptziel der Außen- und Entwicklungspolitik. Militär löst keine Probleme. Schluss damit. Eine andere Politik muss her.

Damit wollen wir anfangen: Militärische Aufrüstung stoppen, Spannungen abbauen, gegenseitiges Vertrauen aufbauen, Perspektiven für Entwicklung und soziale Sicherheit schaffen, Entspannungspolitik auch mit Russland, verhandeln und abrüsten.

Diese Einsichten werden wir überall in unserer Gesellschaft verbreiten. Damit wollen wir helfen, einen neuen Kalten Krieg abzuwenden.

Keine Erhöhung der Rüstungsausgaben – Abrüsten ist das Gebot der Stunde